

3

80

Union in Deutschland

Bonn, den 24. Januar 1980

Solidarität mit den USA

Solange sowjetische Truppen Afghanistan in ihrer Hand halten, ist der Friede in der Welt bedroht. Eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau würde dem Geist der Olympischen Spiele selbst widersprechen, stellte das Präsidium der CDU unter Leitung von Helmut Kohl auf seiner Sitzung am 21. Januar 1980 in Bonn fest.

Deshalb unterstützt die CDU die Haltung des amerikanischen Präsidenten und bittet die zuständigen Gremien des deutschen Sports, auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau zu verzichten, wenn die Sowjetunion ihre Truppen nicht aus Afghanistan zurückzieht. So schmerzlich dieser Verzicht ist, jede andere Haltung würden die sowjetischen Machthaber als Hinnahme ihrer Aggression und als Beweis westlicher Ohnmacht und Hilflosigkeit verstehen.

Wenn die sowjetische Führung Friedenstauben während der Moskauer Spiele aufsteigen läßt und gleichzeitig ein wehrloses Land mit Waffengewalt im Besitz halten kann, verhöhnt dies den olympischen Geist.

Die Folgen der sowjetischen Aggression werden immer klarer erkennbar:

■ Die Stabilität des Mittleren Ostens ist zerbrochen. Dort ist ein weiterer Spannungsherd der 80er Jahre entstanden. *(Weiter auf Seite 2)*

■ AFRIKA

Bundesregierung hat aggressive Sowjetpolitik ständig verharmlost Seite 5

■ WEHRDIENST — ZIVILDIENTST

Haltung der Union zum Kriegsdienstverweigerungsgesetz durch Sachverständige bestätigt Seite 7

■ VERMÖGENSPOLITIK

Die von Schmidt versprochenen Initiativen liegen immer noch nicht vor Seite 8

■ KOALITION

Der Fall Bastian Seite 9

■ BUNDESREGIERUNG

Massive Stellenvermehrung im Wahljahr 1980 Seite 12

■ LANDESPARTEI BADEN-WÜRTTEMBERG

Die CDU hat sich bewährt — sie verdient das Vertrauen der Bürger Seite 13

■ DOKUMENTATION

Die Europäische Volkspartei im Europäischen Parlament / Eine Bilanz der ersten Monate grüner Teil

■ Die Invasion ist Bestandteil einer globalen Hegemonialpolitik. Sie zielt ab auf die Ölquellen des Nahen und Mittleren Ostens und gefährdet unmittelbar die Lebensfähigkeit und Sicherheit der westlichen Demokratien.

■ Die Länder der Dritten Welt sehen sich einer massiven Bedrohung ausgesetzt, die auf ihre wirtschaftlichen und politischen Grundlagen abzielt.

■ Die Glaubwürdigkeit sowjetischer Entspannungsbereitschaft und die Behauptung von dem defensiven Charakter ihrer Militärstrategie ist zusammengebrochen. Die Aggression der Sowjetunion hat den brutalen und völkerrechtswidrigen Charakter ihrer Machtpolitik enthüllt.

Wer den Drohungen und Lockungen der sowjetischen Annexionspolitik nachgibt, trägt nicht zur Wiederherstellung von Stabilität bei, sondern gefährdet den Frieden zusätzlich. Die Staaten der freien Welt und vor allem die Partner des Atlantischen Verteidigungsbündnisses müssen erkennen, daß nur eine gemeinsame, unzweideutige und entschlossene Haltung des Westens der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung des Friedens in der Welt entgegenwirken kann.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands unterstützt deshalb die Forderungen des amerikanischen Präsidenten Carter nach wirksamen wirtschaftlichen und sonstigen Maßnahmen gegen die Sowjetunion und erwartet von der Bundesregierung, daß sie die amerikanischen Maßnahmen mitträgt, auch wenn sie uns Opfer abverlangen sollten.

Die CDU fordert die Bundesregierung, die deutsche Wirtschaft, aber auch die westlichen Bündnispartner auf, die amerikanischen Gegenmaßnahmen nicht zu unterlaufen. Die CDU, als Ga-

rant der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, stellt ausdrücklich fest, daß eventuell notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung unserer Außenpolitik, d. h. zur Sicherung unserer freiheitlichen Ordnung, den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht zuwiderlaufen, sondern ihnen entsprechen.

Eine besondere Bedeutung mißt die CDU allen Maßnahmen bei, die die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland verstärken und eine wirksame Hilfe für die befreundeten Staaten im Nahen und Mittleren Osten bedeuten.

Die CDU bekräftigt die energiepolitische Notwendigkeit, alle Maßnahmen zu beschleunigen, die dazu dienen, die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland in der Energieversorgung vom Erdöl zu verringern.

Den Frieden sichern

Wir treten für eine wirkliche und dauerhafte Entspannung ein; sie ist jedoch nur möglich, wenn die Ursachen der Spannung beseitigt werden. Das heißt: Um die Voraussetzungen für eine Entspannungspolitik wiederherzustellen, muß die Sowjetunion ihre Truppen sofort aus Afghanistan abziehen, zu Rüstungskontrollverhandlungen ohne Vorbedingungen bereit sein und verbindlich und tatsächlich auf Gewalt und auf Androhung von Gewalt verzichten.

Es geht nicht darum, zerstörte Entspannungsillusionen zu retten, sondern darum, den Frieden zu sichern. Wichtiger als beabsichtigte Gespräche mit der DDR-Führung und der sowjetischen Regierung ist angesichts dieser Situation die nahtlose Abstimmung zwischen den Verbündeten und vor allem der enge Dialog mit den Vereinigten Staaten.

■ INFORMATION

Ladenschlußgesetz: Bundesministerin ohne Sachkenntnis

Zu der erneut aufgeflamten Diskussion über eine Änderung des Ladenschlußgesetzes hat der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld), folgende Erklärung abgegeben: Die vor allem durch ein perfektionistisches Regelungsbedürfnis im Lebensmittelgesetzgebungsbereich hervorgetretene Ministerin Huber hat ein neues Opfer ihrer Gesetzgebungsleidenschaft entdeckt: das Ladenschlußgesetz. Pressemitteilungen zufolge tritt sie für längere Öffnungszeiten der Läden ein; bei einer Überlastung des Verkaufspersonals „müßten dann eben mehr Kräfte eingestellt werden“.

Es ist erschreckend, daß ein Mitglied der Bundesregierung so völlig ohne jede Sachkenntnis mit vermeintlich publikumswirksamen Vorschlägen an die Öffentlichkeit tritt. Angesichts der langjährigen Diskussion über die Problematik einer Änderung des Ladenschlußgesetzes könnte man doch wahrhaftig von einem Regierungsmitglied erwarten, daß es sich wenigstens vor Abgabe von Erklärungen sachkundig machen läßt.

Dann hätte Frau Huber nämlich erfahren können, daß es heute schon nahezu unmöglich ist, qualifiziert ausgebildetes Verkaufspersonal zu finden; sie hätte ferner lernen können, daß angesichts der hohen Lohn- und Lohnnebenkosten im personalintensiven Einzelhandel der von ihr vorgeschlagene Ausweg, einfach mehr Kräfte einzustellen, von den wenigsten Betroffenen zu verwirklichen

ist. Auch hätte sie erfahren, daß eine längere Beschäftigung an allgemeinen Werktagen für das Verkaufspersonal keine Frage der Ladenschlußgesetzgebung ist, sondern vielmehr der Arbeitszeitordnung.

Fazit: Frau Hubers Vorschläge sind für die Praxis völlig unbrauchbar, wie alle bisher durchgeführten Modellversuche längst gezeigt haben. Es ist zu hoffen, daß die Ministerin vom Angebot der Deutschen Angestelltengewerkschaft Gebrauch macht, sich einmal einige Tage als Verkäuferin zu betätigen. Der Öffentlichkeit könnte auf diese Weise ein weiterer unsinniger Diskussionsbeitrag und ihr selbst eine erneute peinliche Blamage erspart bleiben.

Ölgesellschaften vor großer Verantwortung

Zu der Erhöhung der Benzinpreise erklärte Ludwig Gerstein, MdB, es handele sich im wesentlichen um die Weitergabe der von außen durch die Ölländer bestimmten Preiserhöhungen an die Verbraucher in der Bundesrepublik. Er forderte von den Mineralölgesellschaften, im Rahmen ihrer ganzen Verantwortung dem Verbraucher die Gründe für die Preiserhöhungen ehrlich offenzulegen. Sie sollten der Versuchung widerstehen, in dieser schwierigen Lage vorrangig die eigenen Kassen zu füllen. Vielmehr müßten sie versuchen, die hohen Investitionen für neue Techniken und Technologien „weg vom Öl“ selber zu finanzieren.

Der Markt werde dazu beitragen, den Preiserhöhungen Grenzen zu setzen. Es werde auch darauf ankommen, daß der Verbraucher sein eigenes Verhalten — nicht nur sein Fahrverhalten — den geänderten Verhältnissen in der Energieversorgung durch entsprechendes

Sparen anpaßt. Es sei u. a. zu prüfen, inwieweit für Arbeitnehmer, die auf ihr Kraftfahrzeug zum Erreichen ihrer Arbeitsstelle angewiesen sind, besondere Maßnahmen zum sozialen Ausgleich erforderlich seien.

EVP: Engagement in der dritten Welt

Zur zukünftigen Arbeit der Christdemokraten im Europäischen Parlament erklärte der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Egon S. Klepsch, in Bonn, die Fraktion der EVP werde bemüht sein, die politische und militärische Unabhängigkeit der Länder der dritten Welt zu stärken. Dazu seien folgende Schritte vordringlich: Beendigung des vertragslosen Zustandes in den Beziehungen zwischen der EG und Jugoslawien; Beiträge zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der übrigen bedrängten Länder der islamischen Welt, insbesondere Pakistans; Erweiterung des wirtschaftlich-finanziellen Kooperationsvertrages mit Ägypten; Wiederaufnahme der institutionalisierten Beziehungen mit der Türkei; Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen zur EG.

Steuer hemmt Entwicklungshilfe

Als „steuerlichen Schildbürgerstreich“ hat es der Wirtschaftsexperte der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Hans-Christoph von Rohr, bezeichnet, daß Betriebe vom Staat erhaltene (rückzahlbare) Zuschüsse für Entwicklungsprojekte versteuern müssen. „Wenn ein Unternehmen 100 000 Mark an Zuschüssen bekommt“, kritisierte von Rohr, „muß es im Regelfall darauf sofort etwa 65 000 Mark Einkommen- und Gewerbesteuer bezahlen. Für die eigentliche

Finanzierung des Projekts bleibt ihm dann nur ungefähr ein Drittel des Geldes“. Vor einem Jahr habe der Senat zugesagt, sich für eine Aufhebung der Steuerpflicht einzusetzen, aber — so von Rohr — „bis heute ist alles beim alten geblieben“. Mit einer Kleinen Anfrage hat der CDU-Politiker den Senat jetzt erneut aufgefordert, für eine Abschaffung der „unsinnigen“ Besteuerung zu sorgen.

Viel zu teure Plätze in Altenheimen

Im Rahmen der 10. „Bitburger Gespräche“ (von dem früheren rheinland-pfälzischen Justizminister Theisen gegründet, getragen von der „Gesellschaft für Rechtspolitik“) hat es der Sozialminister von Rheinland-Pfalz Georg Gölter (CDU) als einen Skandal bezeichnet, daß immer mehr Pensionäre und Rentner nicht in der Lage sind, für sich und ihre Frau den Aufenthalt in einem Altenheim selbst zu finanzieren. Der Sozialminister fürchtet, daß auf diese Weise das Selbstwertgefühl älterer Menschen unerträglich belastet wird, nicht zuletzt, weil sie häufig nur eine geringe menschliche Zuneigung empfinden. Gölter betonte, gerade für diese dringend notwendige menschliche Zuneigung brauche der Staat freie Träger von Altenheimen (zum Beispiel Kirchen, Arbeiterwohlfahrt), hier zeige sich, daß der Staat nicht alles organisieren könne.

Der Münchner Sozialrechtler Prof. Zacher beklagte, die Bundesrepublik gleiche „jenen, die die Welt gewonnen haben, aber an ihrer Seele Schaden leiden“. Die Gesellschaft sei ratlos, wie sie mit Problemen fertig werden solle, die nicht mit wirtschaftlichen Mitteln zu lösen seien.

■ AFRIKA-DEBATTE

Bundesregierung hat aggressive Sowjetpolitik ständig verharmlost

In der Afrika-Debatte im Bundestag hat die CDU/CSU vor der wachsenden politischen und militärischen Aktivität der Sowjetunion gewarnt und die Bundesregierung zu einer Aktivierung ihrer Außen- und Entwicklungspolitik gegenüber Afrika aufgefordert.

Bei der Begründung einer großen Anfrage der Unionsfraktion bezeichnete der CDU-Abgeordnete Hans Stercken das „Messen mit zweierlei Maß“ in der Afrika-Politik als unerträglich. Er riet zu einem sorgsameren Umgang mit dem Wort „Kolonialismus“ und erklärte, daß nur von der „Sowjetunion und ihren Helfern, insbesondere des Afrikakorps Honeckers“ Kolonialpolitik betrieben werde.

Unter Hinweis auf die wirtschaftliche Schlüsselstellung Südafrikas wandte sich Stercken gegen internationale Boykottdrohungen und forderte die Unterstützung des Westens für Ministerpräsidenten Botha. Die CDU/CSU werde auch in Zukunft bei ihren Gesprächen mit der Regierung und dem Parlament Südafrikas deutlich machen, daß sie die Rassentrennung für anachronistisch und eine gleichmäßige Beteiligung aller Bürger an der Entwicklung des Landes für notwendig halte. Stercken kritisierte, daß die SPD die sogenannten afrikanischen „Befreiungsbewegungen“ finanziell unterstützte, obwohl diese die Verantwortung für die

Ermordung Unschuldiger übernommen haben. Wörtlich stellte Hans Stercken fest:

„Der Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage ist zu entnehmen, daß die deutsche Politik keine ‚einflußpolitischen‘ Ziele verfolge. Es ist schwer, in diese ominöse Wortschöpfung einen klaren Sinn hineinzubringen, wenn schon im nächsten Satz davon die Rede ist, daß die Bundesrepublik Deutschland dazu beizutragen hätte, kritische Regionen politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Dies kann doch nur heißen, daß in der Wahrung gegenseitiger Interessen Einfluß genommen werden soll und daß Ergebnis eines solchen Prozesses eine gemeinsame Entscheidung ist, die auch dazu führt, die Gefahren marxistischer Unterwanderung und damit beabsichtigter imperialer Einflußnahme abzuwenden. Es hat doch keinen Sinn, dies in verklausierten Worten zu verstecken.“

Die Ausbreitung des Kommunismus in der Welt widerspricht doch unseren Interessen und sie widerspricht auch den Interessen aller Völker, die frei und demokratisch bleiben oder werden und nicht durch Subversion und Manipulation in eine neue versklavende Diktatur eingeschmolzen werden möchten. Man kann nicht unablässig mehr Demokratie fordern und auch hier Doppelstrategie betreiben. Ein wehrhafter demokratischer Rechtsstaat ist die beste Waffe gegen marxistische Hegemonie.

Wenn es richtig ist, daß die Souveränität eines Staates in Übereinstimmung mit den Rechten seiner Nachbarn gesehen werden muß, dann sollten wir offen aussprechen, daß unsere Außenpolitik auch eine Entwicklung fördern will, die der Stärkung der Demokratie als der besten Voraussetzung für ein freiheitliches System dienen soll. Man kann nicht ständig mehr demokratische Strukturen in Südafrika verlangen und sich anderwärts einflußpolitische Abstinenz verordnen.“

In derselben Debatte erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der Union, MdB Jürgen Todenhöfer:

„Die Bundesregierung hat der Brandstifterpolitik der Sowjetunion in Afrika und Asien nirgendwo den nötigen politischen Widerstand entgegengesetzt. Sie hat verharmlost und beschwichtigt, teilweise hat sie den ‚Waffenbrüdern‘ der Sowjetunion in der Dritten Welt sogar Entwicklungshilfe geleistet. Sie hat damit der Sowjetunion das Kriegführen in der Dritten Welt und die Bedrohung der Rohstoffversorgungswege des Westens sehr leicht gemacht. Der Sowjetunion ist es gelungen, am Indischen Ozean eine strategisch wichtige Position nach der anderen zu erobern. Das geht von Vietnam, Laos, Kambodscha, Afghanistan, der Volksrepublik Jemen, Äthiopien bis Mozambik und Angola. Wer den Indischen Ozean beherrscht, kontrolliert Afrika und Asien und damit langfristig auch Europa.

Die CDU/CSU hat vor dieser sowjetischen Globalstrategie immer wieder gewarnt. Die Bundesregierung hat diese Warnungen als Scharfmacherei diffamiert und bagatellisiert. Heute steht die Bundesregierung aufgrund dieser sowjetischen Globalstrategie in ihrer Nord-Süd-Politik vor einem Scherbenhaufen. Afghanistan hat bewiesen, daß

die Nord-Süd-Politik und auch die Afrikapolitik dieser Bundesregierung schon im Ansatz falsch war.

Der Bundeskanzler mußte wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan seine Neujahrsansprache ändern. Ebenso hätte die Bundesregierung, wenn sie konsequent, ehrlich und lernfähig wäre, weite Teile ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Afrikapolitik von Grund auf korrigieren müssen.

Man kann doch nicht, wie Außenminister Genscher, konkrete amerikanische Maßnahmen im Falle Afghanistans gutheißen und gleichzeitig in Afrika die dort mindestens ebenso aggressive Kriegspolitik der Sowjetunion weiter verharmlosen. Wieviel afrikanische Länder muß die Sowjetunion denn eigentlich noch überfallen, bevor die Bundesregierung eine politische Strategie vorlegt, die den afrikanischen Ländern wirklich die Möglichkeit gibt, sich in Frieden zu entwickeln?

Wenn der Westen in Angola machtpolitisch der Sowjetunion entgegengetreten wäre, gäbe es heute wahrscheinlich kein kommunistisches Äthiopien, kein Flüchtlingsproblem in Kambodscha und kein Afghanistan-Problem. Appeasementpolitik gegenüber aggressiven und totalitären Regimen und Diktaturen hat bisher letztlich immer nur Unglück für die Menschen gebracht. Appeasementpolitik hat noch nie Frieden gebracht, sie hat meistens Krieg gebracht. Keine Regierung hat soviel vom Frieden geredet wie diese Bundesregierung in den letzten zehn Jahren. Aber keine deutsche Regierung hat im Ergebnis so wenig für den Frieden getan, wie diese Bundesregierung. Diese Bundesregierung hat den Frieden nicht sicherer gemacht. Sie hat ihn unsicherer gemacht.“

■ WEHRDIENST / ZIVILDIENST

Haltung der Union wurde durch Sachverständige bestätigt

In Bonn fand am Dienstag, 15. Januar 1980, eine öffentliche Anhörung zu Fragen des Wehr- und Zivildienstes statt. Zu dem Ergebnis der Anhörung von Sachverständigen zu den beiden Gesetzentwürfen von SPD und FDP einerseits und der CDU/CSU andererseits über die Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung erklären der Obmann der Fraktion, MdB Otto Zink, und das Mitglied des Verteidigungsausschusses, MdB Konrad Kraske, folgendes:

Im ersten Teil der Sachverständigenanhörung zu den zentralen Fragen des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes ergab sich aus den Voten der juristischen Sachverständigen Prof. Dr. Kriele und Prof. Dr. Denninger eindeutig, daß der Gesetzgeber, der zur strikten Beachtung der Entscheidungsgründe des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet ist, vor der unausweichlichen Alternative steht, entweder ein förmliches Anerkennungsverfahren beizubehalten oder aber bei einem Verzicht hierauf den Zivildienst als auszugestalten, daß in beiden Fällen typischerweise mit unechter, Gewissensgründe nur vorschützender Kriegsdienstverweigerung nicht mehr gerechnet zu werden braucht.

Vertreter der Kirchen haben zwar mit beachtenswerten Argumenten Kritik an

der Prüfung der Ernsthaftigkeit und Unausweichlichkeit einer Gewissensentscheidung geübt, jedoch eingeräumt, daß man auf ein förmliches Verfahren zur glaubhaften Darstellung und Begründung einer Gewissensentscheidung kaum verzichten können. Ein modifiziertes Anerkennungsverfahren sei auch unter ethischen Aspekten durchaus legitim, da eine Gewissensentscheidung als konkrete Entscheidung des Individuums näher begründet werden könne und müsse.

Der von seiten der SPD benannte Staatsrechtslehrer und Richter am Verfassungsgericht von Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Kriele, hob hervor, daß ein Verzicht auf ein Anerkennungsverfahren als verfassungswidrige Diskriminierung der in der Bundeswehr dienenden Wehrpflichtigen vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts keinen Bestand haben könne, solange nicht der Zivildienst im Sinne einer lästigen Alternative wesentlich erschwert und zeitlich verlängert wird.

Bei der Erörterung des im Gesetzentwurf von SPD und FDP vorgesehenen Anerkennungsverfahrens nach Aktenlage im Regelfall ergab die Anhörung schwere Bedenken, ob damit die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung feststellbar sei oder ob nicht in verschleierte Form das „Postkartenverfahren“ beibehalten werde, das vom Bundesverfassungsgericht gerade als verfassungswidrig verworfen worden ist.

■ VERMÖGEN

Die von Schmidt versprochenen Initiativen liegen immer noch nicht vor

Der Stillstand in der Vermögenspolitik ist ein volkswirtschaftlicher Schaden und politischer Skandal. Nur wenige Sitzungswochen vor Ende der 8. Legislaturperiode warten Parlament und Öffentlichkeit immer noch vergebens auf die von Bundeskanzler Schmidt versprochenen Gesetzesinitiativen seiner Regierung zur Ausweitung der betrieblichen Vermögensbildung.

Alle Parteien beteuern seit Jahren ihr Interesse an einer breiteren Streuung des Produktivkapitals, das nach einer neueren Studie des Tübinger Ökonomen Ott zu mehr als der Hälfte in den Händen von nur zwei Prozent der privaten Haushalte liegt, erklärte der Unionsabgeordnete Peter von der Heydt. Die Bundesregierung kann oder will ihr gegebenes Wort nicht halten, weil einflußreiche Kreise im DGB höchst problematische und überflüssige sogenannte „Gemeinsame Einrichtungen“ oder „Tariffonds“ fordern, die von den Tarifparteien paritätisch verwaltet werden sollen.

Dieser Machtanspruch der Gewerkschaften blockiert die Bildung und breite Streuung individuell verfügbaren Produktivkapitals bei Arbeitnehmern und Sparern und die damit verbundene Entschärfung des Verteilungskonflikts. Er verzögert die bessere Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und damit

die Stärkung ihrer Investitions- und Innovationskraft und ihrer Krisenfestigkeit bei schwacher Konjunktur. Er verhindert somit auch die Sicherheit von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Beziehung von Arbeitnehmern zu ihren Betrieben und zur marktwirtschaftlichen Ordnung.

Obwohl im neuen Jahr wahrscheinlich wieder beachtliche 115 Milliarden Mark gespart werden dürften, wird 1980 wiederum zu wenig Produktivkapital gebildet werden. Dabei hätte die im Interesse der Allgemeinheit liegende neue Weichenstellung längst vorgenommen werden können, wenn die vorliegenden Gesetzentwürfe des Bundesrates und der CDU/CSU ernsthaft aufgegriffen worden wären.

Es gilt,

- die Hemmnisse zu beseitigen, die das geltende Lohn-, Einkommen- und Gewerbesteuerrecht vor freiwilligen Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer auftürmt;

- die Förderung des Geldsparens zu verringern und statt dessen auf das Produktivsparen zu verlagern;

- die Regelungen, die für die Ausgabe von Belegschaftsaktien gelten, auf stille Beteiligungen und Investmentfonds auszudehnen.

Damit wäre ein Weg offen zu freiwilligen wahlweise und kombiniert anwendbaren inner- und überbetrieblichen Lösungen, die auch von den Tarifparteien genutzt werden können, die ordnungspolitisch unbedenklich sind, weil sie keinen Zwangssparcharakter beinhalten und schließlich auch den Belangen des Mittelstandes gerecht werden.

Eine Lösung auf der hier skizzierten Linie könnte es der deutschen Volkswirtschaft erheblich erleichtern, mit den Herausforderungen der achtziger Jahre besser fertig zu werden.

■ KOALITION

Der „Fall Bastian“

Der Fall Bastian wirft nach Ansicht von Willi Weiskirch, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nicht nur ein Schlaglicht auf die von Herbert Wehner und anderen Sozialdemokraten angeordnete Verwirrung in den Köpfen hoher Bundeswehrchargen. Er ist zugleich der Beweis dafür, daß zehn Jahre sozialdemokratischer Führung auf der Hardthöhe im Offizierskorps eine Politisierung — genauer: eine Parteipolitisierung — bewirkt haben, die für die Streitkräfte und ihren Auftrag in höchstem Maße schädlich ist.

Dieser Fall zeigt auch, wie unsicher der Bundesminister der Verteidigung seine Amtsgeschäfte an der Spitze der Bundeswehr wahrnimmt. Er war es ja doch, der sich — statt sofort Konsequenzen einzuleiten — vor den Generalmajor Gert Bastian stellte und ihn auch dann noch verteidigte, als dieser sich in einem kommunistischen Blättchen rüpelnd über seine Kritiker äußerte.

Wenn Hans Apel nun, nachdem Bastian sein in der Tat groteskes Gesuch um Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gestellt hat, den starken Mann markiert, muß er sich fragen lassen, ob er denn vorher den Bundespräsidenten bemüht hat. Nicht der Verteidigungsminister hat nämlich Versetzungen von Generälen in den einstweiligen Ruhestand zu verfügen oder nicht zu verfügen, sondern allein der Bundespräsident. So will es der Paragraph 50 Absatz 1 des Soldatengesetzes.

Baulandsteuer hilft nicht weiter

Zu der Forderung des SPD-Abgeordneten Conradi nach Einführung einer Baulandsteuer erklärte der Unions-Abgeordnete Oscar Schneider, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Die Baulandsteuer ist ein untaugliches Instrument zur Verstärkung der Mobilität auf dem Grundstücksmarkt. Sie würde im Ergebnis nicht zur Verbilligung, sondern zur Verteuerung des Baulandes führen, da damit kein Quadratmeter mehr Bauland ausgewiesen würde. Notwendig ist vielmehr, daß die Gemeinden das Angebot an „Bauboden“, der im Gegensatz zum gesamten Bodenangebot keineswegs unvermehrbar ist, verstärken. Das Instrumentarium des Bundesbaugesetzes und Städtebauförderungsgesetzes gibt den Gemeinden jede rechtliche Handhabe, für eine nachfragegerechte Ausweisung und Erschließung sowie eine rechtzeitige Bebauung von Bauland zu sorgen. Im übrigen bietet bereits das geltende Grundsteuersystem die Möglichkeit, der Zurückhaltung des Bodens entgegenzuwirken. Die Bundesregierung hat es jedoch versäumt, die Voraussetzungen für eine zeitnahe Einheitsbewertung zu schaffen.

Regierungsverdrossenheit

SPD-Landesvorsitzender und Regierender Bürgermeister von Berlin, Dietrich Stobbe, hat eine weitverbreitete Verdrossenheit sowohl in der Bevölkerung als auch in der SPD über die langjährige Regierungstätigkeit von SPD und FDP in Bonn und Berlin zugegeben. In einem Interview mit dem SPD-Blatt „Berliner Stimme“ sagte er: „Viele Mitglieder der SPD leiden unter der Ver-

kürzung der politischen Perspektive auf das politisch Machbare, obwohl doch ganz natürlich ist, daß das Regieren den ungebrochenen Reformwillen der Partei kanalisiert und zügelt.“

Kaum noch junge Mitglieder zur SPD

Der stellvertretende Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, Christoph Zöpel, ist beunruhigt über das mögliche Abschneiden seiner Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Laut ihm vorliegender Umfragen wollen rund ein Drittel aller Wähler unter 24 Jahren „Grün“ wählen. Wörtlich sagte Zöpel: „Es kommen kaum noch junge Mitglieder in die SPD.“ In einer Analyse der SPD-Landesgeschäftsstelle wird festgestellt, daß „eine Vielzahl ehemaliger oder potentieller SPD-Wähler“ den Grünen bei den letzten Wahlen ihre Stimme gegeben haben und diese Wähler bis zur Landtagswahl zurückgewonnen werden müssen.

Dilettantisches von Minister Baum

Der Regierungsentwurf über die Einführung fälschungssicherer Personalausweise stellt nach Ansicht der Union, wie MdB Hans-Joachim Jentsch, zuständiger Berichterstatter im Innenausschuß, erklärte, einen vertretbaren Kompromiß zwischen den Erfordernissen von Sicherheit und Datenschutz dar, so daß er mit Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion verabschiedet wurde. Er geht auf eine Initiative der Ständigen Konferenz der Innenminister und Senatoren für Inneres der Länder zurück.

Allerdings zeigt die Geschichte seiner Ausarbeitung wieder einmal, wie schlecht es um das Augenmaß des

Bundesinnenministers Baum in Fragen der Sicherheitspolitik bestellt ist. Denn sein Entwurf erreichte nicht einmal den Innenausschuß. Als die Beratungen dort begannen, lag plötzlich ein völlig neues Papier auf dem Tisch. SPD und FDP hatten den dilettantischen Entwurf von Grund auf umarbeiten müssen, so daß das Minister-Elaborat bis zur Unkenntlichkeit verändert wurde, um ein brauchbares Gesetz zu verabschieden.

Öko-Lobby der Grünen in der SPD

Die „Grünen in der SPD“ haben sich zu einem Arbeitskreis Ökologie zusammengeschlossen, der die Entwicklung eines ökologischen Programms und die umweltpolitische Diskussion in der SPD vorantreiben soll. Wie das Hamburger SPD-Vorstandsmitglied Freimut Duwe in Bonn erläuterte, plant der Arbeitskreis den Aufbau einer „Öko-Lobby“ in Partei, Parlamenten und auf Regierungsebene. Dem Arbeitskreis gehören unter anderem der frühere nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Diether Deneke, der hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach, der Bremer Senator Henning Scherf sowie der baden-württembergische Spitzenkandidat für die Landtagswahlen, Erhard Eppler, an.

Jusos wollen Gesamtschule zum Wahlkampfthema machen

Die Einführung der integrierten Gesamtschule wollen die Jungsozialisten zu einer zentralen Forderung in ihrem Wahlkampfbeitrag zu den Landtagswahlen und zur Bundestagswahl im Herbst machen. Ihr stellvertretender Vorsitzender Willi Piecyk sagte in Bonn, die Jusos erwarteten von der SPD, daß sie das Thema Gesamtschule auf allen Ebenen offensiv aufgreife.

■ EUROPÄISCHE SOZIALISTEN

Lust am Untergang

Die Vehemenz, mit der sich europäische sozialistische Parteien ins Abseits manövrieren, wirkt atemberaubend. Die nachfolgende Übersicht ist am 17. Januar 1980 im Generalanzeiger, Bonn, erschienen.

In Portugal mußte Mario Soares die Regierungsgeschäfte abgeben, weil er daran gehindert wurde, eine Koalition mit Gruppierungen der Mitte einzugehen. Die ideologischen Konzessionen, die er dann hätte machen müssen, wurden ihm von seiner Partei verweigert. In Spaniens Sozialistischer Arbeiterpartei wäre es beinahe zum irreparablen Bruch gekommen, weil eine Mehrheit auf das Adjektiv „marxistisch“ im Parteiprogramm nicht verzichten wollte.

Nahezu groteske Züge nimmt der Drang nach links in der Partei der französischen Sozialisten an. Sie gaben sich jahrelang der Illusion hin, nur im Bündnis mit den Kommunisten zur politischen Macht gelangen zu können. Frankreichs Wähler haben sich in mehreren Wahlen dagegen ausgesprochen. Aber das hat die linke Mehrheit der Partei nicht davon abgehalten, weiter mit Inbrunst dem Phantom einer „Linksunion“ nachzujagen. Nicht einmal der Rückzug der KPF ins stalinistische Getto hat der Gruppe um Parteichef Mitterrand und dem prokommunistischen „Ceres“-Flügel die Augen über die Vergleichenheit ihres Liebeswerbens geöffnet.

Nun hat ihnen KP-Chef Marchais eine Abfuhr erteilt, die an Brutalität kaum

noch zu überbieten war. Was vorher nur vermutet werden konnte, wurde zur Gewißheit: Die KPF, aus der eurokommunistischen Kostümierung aufgestiegen und wieder in die moskowitzische Uniform des „proletarischen Internationalismus“ geschlüpft, hat als verlängerter Arm des Kreml die Aufgabe übernommen, den Sozialisten durch ihre Verweigerung jede Aussicht auf einen Sieg bei der Präsidentenwahl 1981 zu rauben.

In Italien scheint Sozialistenchef Bettino Craxi mit dem Versuch, seine Partei zur Mitte hin zu öffnen, sie den 1948 abgespaltenen Sozialdemokraten wieder anzunähern und in einer Koalition mit Christdemokraten und anderen nichtmarxistischen Parteien Regierungsverantwortung mitzutragen, gescheitert zu sein. Sein linker Flügel ist offenbar von der fixen Idee besessen, ohne die Aufnahme von Kommunisten in die Regierung gehe in Italien nichts mehr.

Fassungslos vor soviel politischer Unvernunft steht freilich nicht nur das französische und italienische Wählervolk: Auch im als nüchtern geltenden England ist eine ideologisch vernebelte, innerparteilich militant auftretende Linksgruppe im Begriff, die altherwürdige Labour Party parlamentarisch zu reduzieren und aus einer politischen Kraft in ein Wrack zu verwandeln. Ihr linker Flügel vermag zwar die Energie aufzubringen, Parteiführung und Unterhausfraktion zu entmachten, nicht aber einer alarmierenden „trozkistischen Unterwanderung“ Einhalt zu gebieten.

■ BUND

Massive Stellenvermehrung im Wahljahr 1980

Nach dem Inkrafttreten des Bundeshaushaltsplans 1980 wird es in vielen Amtsstuben des Bundes Grund zum Feiern geben. Im Blick auf das Wahljahr hat sich der Bundesfinanzminister nicht gegen die Forderungen seiner Ressortkollegen nach zusätzlichen Stellen und Stellenhebungen gewehrt.

Im Regierungsentwurf des Haushaltsplans waren rd. 4 600 neue Stellen und 5 700 Hebungen vorgesehen. Das allerdings war allen Parteien im Haushaltsausschuß des Guten doch zuviel. In einer eigens eingesetzten Unterkommission für Personalfragen unter Vor-

sitz des CDU-Abgeordneten Schröder (Lüneburg) wurde gestrichen. Übrig bleiben aber immer noch fast 3 000 neue Stellen und über 3 800 Hebungen (einschl. innere Sicherheit, Soldaten und Zuwendungsempfänger).

Da die neuen Stellen durchweg im oberen Bereich der Besoldungsgruppen angesiedelt sind, ermöglichen sie im Durchschnitt jeweils etwa zwei Beförderungen. Die 3 000 neuen Stellen (= 6 000 Beförderungen) und die 3 800 Hebungen werden deshalb in diesem Jahr an die 10 000 Beförderungen im Bundesdienst zur Folge haben.

Nach einer von der Opposition im Jahre 1978 vorgelegten Rechnung kostet jede neue Stelle im öffentlichen Dienst — auf die Lebenszeit eines Inhabers gerechnet — im Durchschnitt rd. 2,3 Mill. DM nach dem Stand von 1978; das entspricht nach dem voraussichtlichen Gehalts- und Besoldungsstand von 1980 (Erhöhung 1979 und zu erwartende Erhöhung 1980) 2,5 bis 2,6 Mill. DM.

	Regierungs- entwurf	Haushalts- ausschuß	weniger
I. Neue Stellen			
Insgesamt	4 550,5	2 981,5	1 569
davon:			
— Innere Sicherheit	1 258	639	619
— Soldaten	778	667	111
— allgemeine Verwaltung	1 274	683	591
— Zuwendungsempfänger*)	1 240,5	992,5	248
II. Hebungen			
Insgesamt	5 700,5	3 818,5	1 882
davon:			
— Innere Sicherheit**)	2 578	1 584	994
— Soldaten	1 180	1 170	10
— allgemeine Verwaltung	1 320	745	575
— Zuwendungsempfänger	622,5	319	303,5

*) ohne Etatisierung von Zeit- und Projektpersonal

***) davon A 9 + Z: Regierungsentwurf 606, Kommission 593, weniger 13

■ LV BADEN-WÜRTTEMBERG

Die CDU hat sich bewährt — sie verdient das Vertrauen der Bürger

Die CDU Baden-Württemberg stellt sich am 16. März 1980 dem Bürger erneut zur Wahl. Zweimal — nämlich 1972 und 1976 — hat die Union mit deutlicher Mehrheit den Auftrag bekommen, in Baden-Württemberg die alleinige Regierungsverantwortung zu tragen. „Wir streben auch für die Jahre 1980 bis 1984 eine klare Mehrheit in unserem Lande an“, heißt es in der Wahlplattform, die am Samstag, 19. Januar, in der Heidelberger Stadthalle auf dem 14. Landesparteitag mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde.

Um den Baden-Württembergern zu zeigen, daß Solidarität in der Union kein leeres Schlagwort ist, waren vier Ministerpräsidenten nach Heidelberg gekommen: Gerhard Stoltenberg, Ernst Albrecht, Bernhard Vogel und Werner Zeyer. Der bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß sowie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatten Grußtelegramme geschickt.

Franz Josef Strauß wies darauf hin, daß zehn Jahre einer SPD/FDP-Regierung genügt hätten, um die Fundamente unserer freiheitlichen und sozialen Gesellschaft aufs schwerste zu gefährden. Er rief die Union zur Geschlossen- und Entschlossenheit auf, die immer handlungsunfähiger gewordene Bundesregierung in Bonn im Herbst abzulösen.

Deutschland brauche wieder eine vernünftige und solide Politik.

Bernhard Vogel wünschte Glück und Erfolg zur absoluten Mehrheit und versprach den Parteifreunden jede Hilfe.

Ernst Albrecht erinnerte daran, daß Baden-Württemberg nicht zuletzt dank der guten und bürgernahen Politik der CDU heute in der Bundesrepublik im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich an der Spitze stünde. Der niedersächsische Ministerpräsident griff in seiner Rede besonders Bundeskanzler Helmut Schmidt an, dem er vorwarf, eine „selten inhaltlose Rede“ im Bundestag zum Einmarsch der Sowjets in Afghanistan gehalten zu haben. Es habe nur so von Leerformeln gewimmelt. Es komme jetzt nicht darauf an, solidarisch zu reden, sondern solidarisch zu handeln.

Es gab viel Beifall für Ernst Albrecht in Heidelberg. Aber auch für Werner Zeyer, der mit dem Landesverband Saar am 24. April vor einer schweren Bewährungsprobe steht.

Gerhard Stoltenberg stellte in seiner Rede u. a. fest: Die Sozialdemokraten befinden sich in einer schweren politischen und moralischen Krise. Sie haben in den siebziger Jahren die Staatsausgaben, die öffentliche Verschuldung vervielfacht und auch die Steuer- und Abgabenlast für den Bürger erheblich erhöht auf der Grundlage eines übersteigerten Wachstumsoptimismus. Jetzt stellen sie unter der geistigen Führung

von Brandt und Eppler wirtschaftliches Wachstum grundsätzlich in Frage, ohne entsprechende Folgerungen für die öffentlichen Ausgaben, die Versprechungen und die Ansprüche zu ziehen.

Vor den ca. 430 zuversichtlich und selbstbewußt gestimmten Delegierten betonte Lothar Späth, es gehe bei der bevorstehenden Landtagswahl darum, ob die CDU Baden-Württemberg in das begonnene Jahrzehnt führe oder eine „diffuse Konstellation von SPD/FDP und Grünen“. Der FDP warf der Ministerpräsident vor, sie sei gegenwärtig entbehrlich geworden, weil sie wichtige Kerngedanken der Liberalität vergessen habe. Die echten Liberalen seien heute in der Union zu finden.

Hart ging der Regierungschef auch mit den Sozialdemokraten und ihrem Spitzenkandidaten Erhard Eppler ins Gericht. Die Landes-SPD kämpfe mit Schmidt und Eppler gleichzeitig für und gegen Kernenergie. So werde Politik zur Hinterzimmerintrige gemacht, so verliere das Parteiensystem an Glaubwürdigkeit und so verspiele man letzten Endes das Vertrauen der Bürger.

Lothar Späth wies darauf hin, daß die Energiesicherung für ihn und die Union eines der wichtigsten politischen Themen bleiben werde. Dort, wo es notwendig sei, würden neue Kernkraftwerke gebaut. Der Bau des Atomkraftwerkes Wyhl sei dringend erforderlich. Sobald die Regierung vom Gericht „grünes Licht“ erhalte, werde unverzüglich mit dem Bau begonnen werden. Gleichzeitig werde die Bevölkerung in allen Einzelheiten über die Planung unterrichtet. Anders als die Eppler-Partei, die im Bereich der Kernenergie versagt habe, werde die Union dafür sorgen, daß die Arbeitsplätze auch in Zukunft gesichert würden.

Sehr eingehend setzte sich Lothar

Späth auch mit den „Grünen“ auseinander, die sich bekanntlich Hoffnungen machen, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Er bezeichnete die „Grünen“ als ein Gemisch von Kernkraftgegnern, Tagträumern, Fortschrittsgeängstigten, auf institutionellen Durchmarsch befindlichen Kommunisten, idealistischen Jugendlichen und karrierefrustrierten Alten. Wofür sie eigentlich seien, steht nicht einmal in der Präambel ihrer nicht zustande gekommenen Satzung. Sie wüßten allenfalls, wogegen sie seien. Späth erklärte weiter, die Union werde die Bevormundung der Kinder durch „staatliche Sozialbürokraten“ in den Schulen nicht dulden. „Radikale, gleich welcher Couleur, kommen nicht in den Schuldienst!“

Fraktionsführer Erwin Teufel erinnerte daran, daß die CDU in 69 von 70 Wahlkreisen direkt gewählt worden sei. Dieses Vertrauen sei für die CDU Verpflichtung gewesen, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern sich weiter anzustrengen. Heute findet in Baden-Württemberg jedes Kind einen Kindergartenplatz, jedes Kind in erreichbarer Entfernung eine Schule, die seiner Begabung und Leistung entspricht. Die Berufsschule steht gleichwertig neben den allgemeinbildenden Schulen. Im übrigen sei Baden-Württemberg das Land mit den meisten Hochschulen in der Bundesrepublik.

Die Sorgen für die Familie, für die junge Generation, für eine gute Erziehung und Ausbildung, für eine Stärkung der Selbstverwaltung, für den Schutz der Umwelt und Landschaft, für eine ausreichende Energieversorgung, für die Erhaltung der inneren Sicherheit, stehen auch in Zukunft im Mittelpunkt der Unionspolitik, damit Baden-Württemberg weiterhin das bleibt, was es jetzt schon ist: nämlich Spitze!

Zur Sache!

Jede zweite Mark dem Staat! Leistung muß sich wieder lohnen

Ein unerträglicher Zustand: Die automatisch steigende Steuerlast frßt zusätzliches Einkommen auf. **Das heißt:** Schon jetzt müssen von 100 DM Zusatzverdienst 50 DM Abgaben gezahlt werden.

Die CDU hat schon vor Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt. Aber unsere Vorschläge zur Entlastung des Steuerzahlers schon in diesem Jahr wurden von SPD und FDP blockiert. Die Regierungsparteien brauchen die Steuernehreinnahmen, dennoch machen sie immer mehr Schulden.

Für 1981 sind nach Ansicht von CDU und CSU folgende steuerpolitische Maßnahmen dringend erforderlich:

- Der Eingangssteuersatz muß von 22 Prozent auf 21 Prozent gesenkt werden. Das bewirkt eine durchschnittliche Steuerentlastung von 4,5%.
- Der Tariffreibetrag muß in den Grundfreibetrag eingebaut werden. Das heißt: Der Grundfreibetrag würde auf 4.200 DM (8.400 DM bei Ehepaaren) erhöht.
- Auch bei Einkommen zwischen 60.000 DM und 120.000 DM pro Jahr muß die Steuerschraube langsamer gedreht werden. Die Folge: Der Anstieg der heimlichen Steuererhöhungen würde gebremst.

○ Die Union will einen Kinderfreibetrag von 300 DM pro Kind und Elternteil einführen. Der Kinderbetreuungsbetrag soll bestehen bleiben – aber ohne Pflicht zum Nachweis. Denn: Familien mit Kindern müssen stärker gefördert werden.

○ Dazu gehört auch, daß wir das Kindergeld für Erst- und Zweitkinder um jeweils 20 DM monatlich erhöhen wollen.

○ Selbständige sollen bei ihrer Altersvorsorge nicht mehr benachteiligt werden. Die Union will den sogenannten Vorwegabzug von 2.500 DM auf 3.000 DM erhöhen (6.000 DM bei Ehepaaren).

○ Der Weihnachtsfreibetrag für Arbeitnehmer soll von 400 DM auf 600 DM erhöht werden, damit nicht mehr soviel Steuern vom Weihnachtsgeld zu zahlen sind.

Ein steuerpolitisches Programm, das sich sehen lassen kann. Es würde die Bürger um insgesamt 16,6 Milliarden DM entlasten. Und wäre ein wirksamer Schritt, die heimlichen Steuererhöhungen abzubauen.

Wir wollen, daß Leistung sich wieder lohnt.

CDU
// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Schmidt laviert

Die Art, die Kanzler Schmidt gestern in seiner Bundestagserklärung wählte, um die Position seiner Regierung in der Afghanistan-Krise zu erläutern, war unglücklich. Er stellte das afghanische Problem mit dem iranischen auf eine Stufe und versprach in beiden Fällen Westdeutschlands Unterstützung für die Vereinigten Staaten.

Tatsache ist, daß die beiden Probleme in ihrem Charakter völlig unterschiedlich sind. Im Zusammenhang mit Iran ist es völlig korrekt, davon zu sprechen, den Vereinigten Staaten Unterstützung anzubieten, da die Krise amerikanische Diplomaten betrifft, die als Geiseln genommen worden sind. Aber in Afghanistan steht kein besonderes amerikanisches Interesse auf dem Spiel. Dort gibt es zuallererst ein afghanisches Interesse. Dann gibt es das Interesse der anderen Staaten in der Region, die potentielle Opfer der nächsten sowjetischen Aggression sind. Drittens gibt es das Interesse all derer, die vom Mittleren

Osten im Hinblick auf ihre Energielieferungen abhängig sind — und Westdeutschland ist es in einem weit größeren Maße als die Vereinigten Staaten.

Schließlich gibt es das Interesse der Welt im allgemeinen, die leiden könnte, wenn die Sowjetunion in dem Glauben bestärkt wird, sie könne ungestraft in andere Länder einmarschieren.

„Times“, London, 18. Januar 1980

Der wie gewohnt, trotz angeschlagener Gesundheit, selbstsicher auftretende Schmidt beschwichtigt nach allen Seiten... Ob die Wähler ihm folgen werden? Schmidt sucht Optimismus zu verbreiten. „Wir gehen aus einer guten Startposition ins neue Jahr“, verkündet er... Schmidt gibt ein allzu idyllisches Bild von diesem dramatischen Jahresanfang, der neben der Krise im Mittleren Osten von einem Interessenkonflikt zwischen Europa und Amerika überschattet ist. Die Opposition hat es denn auch leicht, die „heile Welt“ des Helmut Schmidt zu zerzausen. Der Hauptpfeiler, auf den sich die Bonner Regierung zu stützen sucht, die Entspannungspolitik, steht heute nach Moskaus Aggression allzu schief.

„Der Bund“, Bern, 18. Januar 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementpreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId